



Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2009/08246**
Datum: 09.09.2009
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Herr Dietmar Wehrich
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	30.09.2009	öffentlich Entscheidung
Hauptausschuss		öffentlich Vorberatung
Stadtrat		öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenzsteigerung und Verbesserung der Stadtratsarbeit

Beschlussvorschlag:

1. Im Protokoll bzw. dem zugehörigen Eintrag einer Sitzung des Stadtrats oder seiner Ausschüsse im Ratsinformationssystem *Session* müssen alle Informationen, die Gegenstand der Sitzung waren, verfügbar sein.

Sämtliche für die Stadtratsarbeit relevanten Informationen, die den Stadträten z.B. als mündliche Berichte in Sitzungen vorgetragen werden, werden zukünftig im Protokoll der betreffenden Sitzung oder als Protokollanhang nachvollziehbar reproduziert.

Auf der Sitzung nachgelieferte Informationen oder Vorlagen, die beispielsweise nur in Papierform verteilt wurden, werden ebenfalls nachträglich in *Session* eingestellt.

2. Mit Beginn der Wahlperiode 2009 wird die gesamte Arbeit des Stadtrats, seiner Ausschüsse und Unterausschüsse vollständig über *Session* geführt und dort abgespeichert.

Ggf. schon erfolgte Sitzungen und deren Unterlagen werden, sofern hier keine vollständige Dokumentation im Sinne der Punkte 1) und 2) erfolgte, rückwirkend zum 01.07.2009 nachgetragen.

3. Der Stadtrat regt an, dass auch nichtvertrauliche Unterlagen aus der Beigeordnetenkonferenz über *Session* zur Verfügung gestellt werden.
4. Die Informationen im Ratsinformationssystem *Session* werden in eine revisionssichere Form gebracht, so dass dieses System nicht nur als Arbeitssystem, sondern auch als verlässliches und zweifelsfrei vollständiges Archiv genutzt werden kann.

Nach dem Ende einer entsprechenden Sitzung dürfen Dokumente zukünftig grundsätzlich nicht mehr gelöscht oder verändert werden.

Das System wird dahingehend erweitert, dass es keinen technischen Weg mehr gibt, behandelte Dokumente zu löschen oder zu ändern. Mindestens aber müssen derartige rückwirkende Änderungen oder Löschungen den Nutzern angezeigt werden.

Substanzielle Veränderungen oder Nachträge zu Vorlagen in *Session* werden zukünftig als neue, zusätzliche Versionen eingestellt, so dass Änderungen oder Überarbeitungen nachvollziehbar werden (Versionskontrolle).

5. Antworten der Stadtverwaltung auf Anfragen, Abstimmungsempfehlungen etc. werden zukünftig als eigenständige Dokumente in das System eingepflegt und nicht mehr in die ursprünglichen Dokumente aus den Fraktionen eingefügt.
6. Über die direkten Gremien von Stadtrat und Stadtverwaltung hinaus werden zukünftig alle Termine von Aufsichtsgremien, Betriebsausschüssen und vergleichbaren Institutionen, die für die Stadtratsarbeit relevant sind bzw. in die vom bzw. durch den Stadtrat Vertreter entsandt werden, in *Session* eingestellt, so dass die Kalenderfunktion ein vollumfängliches Abbild der politischen Arbeit in der Stadt liefert.

gez. Dietmar Weihrich
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Die Einführung des Ratsinformationssystems *Session* hat zu einer Verbesserung der Informationslage und Arbeitsfähigkeit der Stadträte geführt. Jedoch gibt es an einigen Stellen noch Korrekturbedarf. Wir wollen mit diesem Antrag an einigen dieser Punkte Abhilfe schaffen, so dass sich sowohl die Nützlichkeit des *Session*-Systems für die Stadtratsarbeit erhöht als auch die Transparenz der politischen Arbeit in der Stadt für die BürgerInnen erhöht wird.

zu 1.: Eine Protokollformulierung wie „XYZ berichtete über ABC“ ohne Details macht die spätere Nachvollziehbarkeit der Inhalte in der Regel unmöglich. Da die meisten Vorgänge verwaltungsintern schriftlich vorliegen dürften, bestünde der zusätzliche Aufwand bei der Erfassung in *Session* lediglich darin, diese in eine veröffentlichbare Form zu bringen. Zudem werden in den Ausschusssitzungen immer wieder Materialien verteilt, die die Fraktionsgeschäftsstellen nicht erreichen bzw. die nicht ins Ratsinfosystem eingestellt werden. Der Zusatznutzen, würden all diese Informationen über *Session* abrufbar sein, wäre für Stadträte wie interessierte BürgerInnen enorm.

zu 2.: Bisher werden Gremien wie der Unterausschuss Jugendhilfeplanung noch nicht in *Session* geführt. So sind deren Einladungen, Tagesordnungen oder Unterlagen nur in Papierform erhältlich. Dies erschwert die spätere Nachvollziehbarkeit. Das Ziel der Nutzung des Ratsinformationssystems sollte vielmehr sein, die gesamte Stadtratstätigkeit abzubilden. Zumal offensichtlich praktisch alle Vorlagen inzwischen mit Hilfe von *Session* erstellt werden – auch die für besagten Unterausschuss. Somit könnten Sie mit geringem Zusatzaufwand auch digital allen berechtigten *Session*-Nutzern zur Verfügung zu stellen.

zu 3.: Die Stadt Magdeburg beispielsweise stellt die öffentlichen Unterlagen seiner Beigeordnetenkonferenzen den Stadträten und BürgerInnen mittels des dortigen Ratsinformationssystems zur Verfügung. Dies betrifft vor allem Unterlagen, die sowieso später in die Beratungsfolge des Stadtrats eingespeist werden. Diese Form der Transparenz wünschen wir uns auch in Halle.

zu 4.: Es kam in der Vergangenheit gelegentlich vor, dass Vorlagen nachträglich gelöscht oder geändert wurden (z.B. Schulentwicklungsplanung vom Februar 2009). Aber auch abgelehnte oder zurückgezogene Vorlagen, Anträge und Anfragen haben einen wichtigen Informationswert. Wir halten es keineswegs für angemessen, diese nachträglich zu löschen oder zu verändern.

Es muss daher unserer Ansicht nach sichergestellt werden können, dass archivierte Vorlagen in *Session* identisch mit jenen Fassungen sind, die tatsächlich Gegenstand der Einladungen und Beratung in einer Gremiensitzung waren.

Wir halten daher dringend sowohl eine Veränderung der Verwaltungspraxis für nötig, als auch eine entsprechende technische Erweiterung, die *Session* revisionssicher macht.

Dieser Vorschlag bezieht sich nicht auf die Einstellung von Dokumenten vor den Sitzungen (oder z.B. Korrekturen von Rechtschreibfehlern nach der Einstellung) sondern auf die Archiv-Nutzung.

zu 5.: Die bisherige Praxis ist leider recht unübersichtlich. Verwaltungsreaktionen sind unserer Auffassung nach nicht direkter Bestandteil des ursprünglichen Dokuments (Anfrage, Antrag) und sollten entsprechend getrennt vorgelegt werden. Dies macht den Gesamtprozess von Anfrage und Antwort oder Antrag und Stellungnahme nachvollziehbar und unabhängig voneinander auffindbar.

zu 6.: Das Gebot größtmöglicher Transparenz für BürgerInnen und deren gewählten VertreterInnen macht dies aus unserer Sicht erforderlich. Bei nichtöffentlichen Sitzungen – wie beispielsweise Aufsichtsräten – kann dann einfach auf die Einstellung von Unterlagen verzichtet werden. Es ist jedoch nicht ersichtlich, warum reguläre Termine nicht bekannt sein sollten.

Stadt Halle (Saale)
Büro der Oberbürgermeisterin
Geschäftsstelle Stadtrat

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Transparenzsteigerung und Verbesserung der Stadtratsarbeit (V/2009/08246)

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Beschlusspunkten 1. und 2. zuzustimmen und die Beschlusspunkte 3. – 6. abzulehnen.

Begründung:

zu 1.

Im Protokoll bzw. dem zugehörigen Eintrag einer Sitzung des Stadtrats oder seiner Ausschüsse im Ratsinformationssystem Session müssen alle Informationen, die Gegenstand der Sitzung waren, verfügbar sein.

Sämtliche für die Stadtratsarbeit relevanten Informationen, die den Stadträten z.B. als mündliche Berichte in Sitzungen vorgetragen werden, werden zukünftig im Protokoll der betreffenden Sitzung oder als Protokollanhang nachvollziehbar reproduziert.

Auf der Sitzung nachgelieferte Informationen oder Vorlagen, die beispielsweise nur in Papierform verteilt wurden, werden ebenfalls nachträglich in Session eingestellt.

Die gültige Verwaltungsvorschrift zur Vorbereitung und Durchführung von Tagungen der Gremien der Stadt Halle beinhaltet bereits entsprechende Handlungsanleitungen, nach denen die vollständige Gremienbearbeitung über den Kommunalen Sitzungsdienst „Session“ zu erfolgen hat.

Für die Sitzungen des Stadtrates und auch des Hauptausschusses werden im Nachgang zu den versandten Unterlagen ausgereichte Dokumente als Anlagen importiert. Die Protokollführer der Ausschüsse werden im Sinne dieser Verwaltungsvorschrift nochmals sensibilisiert.

zu 2.

Mit Beginn der Wahlperiode 2009 wird die gesamte Arbeit des Stadtrats, seiner Ausschüsse und Unterausschüsse vollständig über Session geführt und dort abgespeichert.

Ggf. schon erfolgte Sitzungen und deren Unterlagen werden, sofern hier keine vollständige Dokumentation im Sinne der Punkte 1) und 2) erfolgte, rückwirkend zum 01.07.2009 nachgetragen.

siehe Begründung zu Punkt 1.

zu 3.

Der Stadtrat regt an, dass auch nichtvertrauliche Unterlagen aus der Beigeordnetenkonferenz über Session zur Verfügung gestellt werden.

Die o. g. Verwaltungsvorschrift schreibt vor, dass sämtliche Rats- und Ausschussvorlagen nach Freigabe durch den zuständigen Beigeordneten – spätestens jedoch bei Versand der Ausschussunterlagen im Intranet/Internet zu veröffentlichen sind. Die entsprechenden Vorlagen können daher im Ratsinformationssystem unter „Vorlagen“ oder „Recherche“ abgerufen werden.

zu 4.

Die Informationen im Ratsinformationssystem Session werden in eine revisionssichere Form gebracht, so dass dieses System nicht nur als Arbeitssystem, sondern auch als verlässliches und zweifelsfrei vollständiges Archiv genutzt werden kann.

Nach dem Ende einer entsprechenden Sitzung dürfen Dokumente zukünftig grundsätzlich nicht mehr gelöscht oder verändert werden. Das System wird dahingehend erweitert, dass es keinen technischen Weg mehr gibt, behandelte Dokumente zu löschen oder zu ändern. Mindestens aber müssen derartige rückwirkende Änderungen oder Löschungen den Nutzern angezeigt werden.

Substanzielle Veränderungen oder Nachträge zu Vorlagen in Session werden zukünftig als neue, zusätzliche Versionen eingestellt, so dass Änderungen oder Überarbeitungen nachvollziehbar werden (Versionskontrolle).

Das Ratsinformationssystem „SessionNet“ ist bereits als Archiv nutzbar. An einer zweifelsfrei vollständigen Zuverfügungstellung – spätestens ab der Wahlperiode 2009 – 2014 – wird stetig gearbeitet.

Sitzungsdokumente werden im Nachgang nur dann verändert, wenn seitens des beratenden Gremiums Modifizierungen beschlossen wurden. Sodann erfolgt die Einstellung sämtlicher Versionen. Die Ursprungsfassung wird gesichert und eine aktuelle Fassung wird erstellt. Dies geschieht im Übrigen auch mit Anträgen der Fraktionen und Stadträte, die nicht in ihrer ursprünglichen Form beschlossen werden.

Vorlagen, welche bereits auf eine Tagesordnung aufgenommen wurden, können nicht gelöscht werden. Dies betrifft nur Dokumente, die noch nicht in die Gremien eingebracht sind. Dies sind Entwurfsfassungen, die gelöscht werden können bzw. auch sollten. Dies geschieht unter anderem deshalb, um das Ratsinformationssystem nicht mit veralteten oder falschen Dokumenten zu füllen. Weiterhin ist ein Löschen ganzer Vorlagen nur den Mitarbeitern der Geschäftsstelle Stadtrat vorbehalten, um einen unbedarften Umgang mit der Löschfunktion zu vermeiden. Kein Vorlagen- oder Sitzungsbearbeiter kann eine Vorlage/Sitzung entfernen.

zu 5.

Antworten der Stadtverwaltung auf Anfragen, Abstimmungsempfehlungen etc. werden zukünftig als eigenständige Dokumente in das System eingepflegt und nicht mehr in die ursprünglichen Dokumente aus den Fraktionen eingefügt.

Die Intention dieses Beschlusspunktes ist nicht nachvollziehbar. Unabhängig davon können Beantwortungen und Stellungnahmen zu Anfragen und Anträge nicht als eigenständige Dokumente behandelt werden, da sie zwingend im Zusammenhang mit dem jeweiligen Antrag bzw. der jeweiligen Anfrage betrachtet werden müssen.

Darüber hinaus erhöht sich der Rechercheaufwand für den Suchenden.

zu 6.

Über die direkten Gremien von Stadtrat und Stadtverwaltung hinaus werden zukünftig alle Termine von Aufsichtsgremien, Betriebsausschüssen und vergleichbaren Institutionen, die für die Stadtratsarbeit relevant sind bzw. in die vom bzw. durch den Stadtrat Vertreter entsandt werden, in Session eingestellt, so dass die Kalenderfunktion ein vollumfängliches Abbild der politischen Arbeit in der Stadt liefert.

Aufwand und Nutzen stehen hier in keinem darstellbaren Verhältnis. Beispielhaft seien hier zwei Gründe für eine Ablehnung dargestellt:

- „Session“ bietet keine separate Kalenderfunktion wie bspw. „Outlook“.
- Sämtliche Beteiligungsunternehmen müssten an das System „Session“ angeschlossen werden und ihre Aufsichtsratssitzungen u. Ä. ausschließlich in diesem System bearbeiten. Dies ist weder durchsetzbar noch sinnvoll.

Die Betriebsausschüsse werden bereits über den Kommunalen Sitzungsdienst „Session“ verwaltet.

Dagmar Szabados
Oberbürgermeisterin